

A N L A G E VwRehaG(E) -aus abgeleitetem Recht- z.B. Erben

Vorbemerkung:

Nach dem Tod des unmittelbar von einer hoheitlichen Maßnahme im Sinne des VwRehaG Betroffenen kann der Rehabilitierungsantrag von demjenigen gestellt werden, der ein rechtliches Interesse an der Rehabilitierung des unmittelbar Betroffenen hat. Ein solches Interesse ist nur dann gegeben, wenn für Hinterbliebene, Erben oder sonstige Personen Folgeansprüche nach dem VwRehaG (Hinterbliebenenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz; Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz; Rückübertragung, Rückgabe oder Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten nach dem Vermögensgesetz) in Betracht kommen.

Angaben zum Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung:

<p>1. Ich stelle den Antrag auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung als</p> <p><input type="checkbox"/> Erbe/Erbin, weil ich Ansprüche auf Rückübertragung/Rückgabe oder auf Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten nach dem Vermögensgesetz geltend machen will (bitte Nr. 2 - 3 ausfüllen)</p> <p><input type="checkbox"/> Hinterbliebene(r) -Witwe/Witwer, Kinder und Eltern- , weil ich Hinterbliebenenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz geltend machen will. Voraussetzung hierfür ist, daß der Betroffene infolge der rechtsstaatswidrigen Maßnahme eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat und an den Folgen dieser Schädigung verstorben ist. Ist der Verfolgte nicht an den Folgen der Schädigung verstorben, kommt Hinterbliebenenversorgung auch dann in Betracht, wenn sich die Schädigungsfolgen nachteilig auf die wirtschaftliche Absicherung der Hinterbliebenen ausgewirkt haben. (weiter in Nr. 5)</p> <p><input type="checkbox"/> Hinterbliebene(r) -Witwe/Witwer und Kinder- , weil für mich eine höhere Witwen- oder Waisenrente nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für eine infolge der hoheitlichen Maßnahme erlittene berufliche Benachteiligung des Betroffenen in Betracht kommt. (weiter in Nr. 5)</p> <p><input type="checkbox"/> sonstiger Inhaber eines rechtlichen Rehabilitierungsinteresses</p>														
<p>2. Außer meiner Person gibt es, soweit mir bekannt ist,</p> <p><input type="checkbox"/> keine weiteren Erbberechtigten (weiter in Nr. 5)</p> <p><input type="checkbox"/> weitere Erbberechtigte</p>														
<p>3. Die Anschriften der weiteren Erbberechtigten lauten:</p> <table><thead><tr><th>Name und Vorname des/der Erbberechtigten:</th><th>Anschrift(en):</th></tr></thead><tbody><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr><tr><td>.....</td><td>.....</td></tr></tbody></table> <p>(Erbschein(e) bitte in Fotokopie beigefügen)</p>	Name und Vorname des/der Erbberechtigten:	Anschrift(en):
Name und Vorname des/der Erbberechtigten:	Anschrift(en):													
.....													
.....													
.....													
.....													
.....													
.....													
<p>4. Mir wurden die Ansprüche unter Lebenden übertragen und zwar durch:</p> <p><input type="checkbox"/> mündliche Vereinbarung vom</p> <p><input type="checkbox"/> schriftliche Vereinbarung vom</p> <p><input type="checkbox"/> notarielle Vereinbarung vom</p> <p>(Fotokopie der Vereinbarung bitte beifügen)</p>														

14. Schildern Sie bitte, welche Nachteile der Verfolgte durch die Zwangsaussiedlung erlitten hat und wie sich diese Nachteile für Sie bis heute noch auswirken:

.....
.....
.....
..... (weiter mit Nr. 19)

15. Wenn der Verfolgte nicht zu den Zwangsausgesiedelten gehörte, worin bestand der staatliche Eingriff in seinem Fall?

.....
.....
.....

16. Wann und wo hat der Eingriff stattgefunden?

.....
Wer von den Angehörigen des Zwangsausgesiedelten war von der Maßnahme mitbetroffen?
.....
.....

17. Was war der Anlaß für den Eingriff/die Maßnahme?
Aus welchen Gründen erfolgte der staatliche Eingriff/die Maßnahme?

.....
.....
.....

18. Warum war die oben geschilderte staatliche Maßnahme Ihrer Ansicht nach unrechtmäßig? Worin besteht aus Ihrer Sicht der grobe Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze?

.....
.....
.....

19. Waren mit der Zwangsaussiedlung/der Verfolgungsmaßnahme Enteignungsmaßnahmen verbunden?

Nein Ja

- Ein-/Zweifamilienhaus
- Mehrfamilienhaus
- Grundstück
- landwirtschaftlicher Betrieb
- land-/forstwirtschaftliche Nutzflächen
- gewerblich genutztes Grundstück
- sonstige(r) Vermögenswert(e):
.....

Bitte bezeichnen Sie den entzogenen Vermögenswert möglichst genau (z.B. genaue Lage der enteigneten Immobilie, Angaben zur Grundbucheintragung, Flurstück-Nr., Katasteramt-Nr., ggf. weiterführende Informationen). Falls vorhanden, bitte eine **Kopie des Grundbuchauszugs oder sonstige Nachweise beifügen.**

.....
.....

20. Wurde die enteignete Immobilie/der Vermögenswert bereits zurückgegeben?
 Ja, wann: Nein

21. Welche Folgeansprüche möchten Sie geltend machen?
 Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz für eine infolge des oben dargestellten Sachverhalts erlittene gesundheitliche Schädigung
 Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für eine infolge der dargestellten Maßnahme erlittene berufliche Benachteiligung (Bitte Anlage(n) BerRehaG ausfüllen)
 Ansprüche nach dem Vermögensgesetz auf Rückübertragung/Rückgabe oder auf Entschädigung von entzogenen Vermögenswerten; hierfür wird eine Bescheinigung über die Antragstellung zur Vorlage bei den Vermögensämtern benötigt.

22. Ist wegen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher ein Antrag gestellt worden?
 (Gegebenenfalls Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)
 Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.
 Antrag vom
 bei
 (bitte Behörde angeben)
 Benachteiligung konnte in diesem Verfahren bereits völlig/ annähernd ausgeglichen werden
 Ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung des/der
 vom

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

23. Sind wegen der Auswirkungen der rechtswidrigen Maßnahme, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits Ausgleichsleistungen gewährt worden?
 Nein
 Ja, aufgrund

 in Höhe von
 (In diesem Zusammenhang sind auch Entschädigungsleistungen von Dienststellen der ehemaligen DDR und im Falle einer Zwangsaussiedlung etwaige Ersatzgrundstücke anzugeben. Bitte Nachweise -soweit vorhanden – beifügen.)

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Ich bin damit einverstanden, dass - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - alle zur Bearbeitung meines Antrages notwendigen Recherchen (z. B. beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in Kreis- und Staatsarchiven) vom Thüringer Landesverwaltungsamt durchgeführt werden, Personalakten und sonstige für die Bearbeitung meines Antrages notwendigen Akten angefordert und von entscheidungserheblichen Schriftstücken Fotokopien gefertigt werden.

.....
 Ort, Datum

.....
 Unterschrift